

## **Resolution**

### **zu einem praxistauglichen Wolfsmanagement**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal verabschiedet vorliegende Resolution zum Wolfsmanagement und bittet die Landesregierung Sachsen-Anhalt gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission in der Sache tätig zu werden:

- **Vorkehrungen zu treffen, wie man den wachsenden Bestand zukünftig kontrollieren und die Weichen für eine Regulierung der Population stellen will.**
- **Jährliche Monitoring-Ergebnisse zum Wolf mit allen Betroffenen, also der Wissenschaft, dem Naturschutz, den Nutztierhaltern, Grundeigentümern sowie der Jägerschaft auszutauschen. Enge Kooperation mit den Bundesländern und dem Bund.**
- **Die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht mit feststehender Jagd- und Schonzeit. Ausschluss der Pflicht zur Hege und der Wildschadensvergütung.**
- **Rascher und unbürokratischer Vollkostenausgleich für Nutztierhalter bei Risschäden. Umfangreiche und wirksame finanzielle Unterstützungen für Herdenschutzmaßnahmen.**
- **Überprüfung der europäischen FFH-Richtlinie und Anpassung des strengen Schutzstatus des Wolfs.**
- **Unverzögliche Feststellung des günstigen Erhaltungszustandes der Art.**
- **Praktikable und unverzügliche Regelungen im Hinblick auf die Entnahme von sog. Problemwölfen.**

#### **Begründung:**

Der Kreistag des Landkreises Stendal hat am 20.04.2017 eine Resolution zum Thema „Wolf“ verabschiedet. Für die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Stendal mit ihren Ortsteilen und Landgemeinden treffen die gleichen Bedingungen, Sorgen und Ängste zu. Daher ist es folgerichtig sich als Stadtrat der Hansestadt einer Resolution anzuschließen, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen um endlich zu einem praxistauglichen Wolfsmanagement zu gelangen.

Seit dem Jahr 2000 breiten sich die Wölfe von Sachsen und Brandenburg in Richtung Nordwesten weiter aus. Der Wolf hat den Norden von Sachsen-Anhalt erreicht. Aktuell sind in Sachsen-Anhalt (Stand November 2016) 12 Rudel und

eine unbekannte Zahl von Wolfspaaren und einzelne ziehende adulte Wölfe nachgewiesen. Diese dynamische Entwicklung mit einer jährlichen Zuwachsrate von 30% ist das Ergebnis des Artenschutzes und unmittelbare Folge der Einstellung der zuvor legalen Wolfsbejagung.

Die Rückkehr des Wolfes wurde mit großem Aufwand medial begleitet. Es bleibt festzustellen, dass sich eine Vielzahl von Aussagen vorgeblicher Fachleute zur Ausbreitungsgeschwindigkeit, zur Habitatwahl, zum Beutespektrum, zum Verhalten des Wolfes gegenüber Menschen und zum notwendigen Aufwand für den Herdenschutz, als unzutreffend erweisen. Die Befürworter des Wolfes sitzen vor allem in den Großstädten. Deren Freude über die Wiederkehr des Beutegreifers steht im krassen Widerspruch zu den Problemen in den ländlichen Regionen. Daraus resultiert ein großer Vertrauensverlust bei Nutztierhaltern und den Menschen, die in den Gebieten mit Wolfsvorkommen leben.

Eine Weidetierhaltung wird durch zusätzlichen Aufwand für den Herdenschutz durch die Folgen von Wolfsübergriffen in Frage gestellt. Wolfssichere Koppeln herzustellen, ist für die Weidetierhalter mit erheblichen zusätzlichen Kosten und zeitlichem Aufwand verbunden und getroffene Maßnahmen haben sich oft als unwirksam erwiesen. Die offiziellen Empfehlungen für Herdenschutzmaßnahmen zeichnen ein regelrechtes Wettrüsten gegenüber den Wölfen nach. Die Anschaffung von Herdenschutzhunden, die erhöhten Aufwendungen z. B. Futterkosten sind finanziell vollumfänglich zu erstatten.

Auch die Wildbestände sind einem erheblichen zusätzlichen Druck ausgesetzt. In Wolfsgebieten wird eine zunehmende Tendenz der Bildung von Großrudeln und Großrotten beobachtet, die über längere Zeit landwirtschaftliche Flächen belagern. Die Folge sind Wildschäden, für die vom Gesetz her die Jagdgenossenschaften bzw. Jagdpächter aufkommen müssen.

In der Altmark wächst zunehmend die Sorge vor dem Wolf, insbesondere wenn einzelne Tiere oder Rudel ihre Scheu vor dem Menschen und menschlichen Siedlungen verlieren. Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit dürfen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in der Altmark nicht tabuisiert werden.

Vor diesem Hintergrund sind Änderungen im Umgang mit den stetig und sehr dynamisch anwachsenden Wolfsvorkommen und den Folgen für Menschen in den Wolfsgebieten unumgänglich. Es bedarf dringlicher gesetzlicher Korrekturen, um einen weiteren Verlust an Vertrauen und Akzeptanz in der Bevölkerung zu vermeiden